

Ende des Staatsgerichtshofes

Als die Kugel der Rathenau-Mörder die Kleinbürger der deutschen Republik aufschrecken ließen, als schlotternde Angst, von deutschnationalen Mörderbanden gemeuchelt zu werden, dem Reichskanzler Wirth in den schwülen Junitagen des Jahres 1922 den Angstruf, der ein Alarmruf sein sollte, „Der Feind steht rechts!“ herauspreßte, als am 18. Juli 1922 vom Reichstag von Stresemann bis Paul Levi das Gesetz zum Schutze der Republik angenommen wurde, da wurde der Staatsgerichtshof geboren. Er sollte die völkischen und deutschnationalen Geheim- und Mörderorganisationen treffen und war doch in der Hand der reaktionären monarchistischen Richter, in der Praxis also, ein Ausnahmegericht gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Wie eine Bankrotterklärung muten heute die Ausführungen des Kleinbürgers Wirth an, die er in jener bekannten Regierungserklärung „Der Feind steht rechts!“ abgab und in der es heißt: „Dem wachsenden Terror, dem Nihilismus, der sich vielfach unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung verbirgt, darf nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden.“ Aber außer den Rathenau-Mördern wurden vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik keine rechtsstehenden Personen abgeurteilt. Erhardt konnte sich durch die Flucht nach Bayern, wo das Republikschutzgesetz außer Kraft gesetzt war, retten, und den Ludendorff und Hitler, den Pöhner, Kahr und Lossow, wurde für den vollendeten Hochverrat vor einem Faschinggericht in München kein Haar gekrümmt. Die brutale Justiz zum Schutze der Republik

wurde von Anfang an in der Tat nur an der revolutionären Arbeiterschaft geübt.

Die Schandjustiz des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wird durch die Namen Neumann, Niedner, Vogt und Jürgens charakterisiert. Der Reichsanwalt Neumann war es, der sich Spezialkenntnisse und Spezialfertigkeiten in der Verfolgung von Kommunisten erwarb

und mit zynischer Heuchelei und Brutalität die zusammengelogenen und erpreßten Geständnisse des Vogt und des Verbrechers Jürgens benutzte, um seine Anklagen im Potsdamer Prozeß, im sogenannten Tscheka-Prozeß, im Prozeß gegen Bozenhardt und vielen anderen Prozessen zu erheben.

Niedner, der nie seinen Haß gegen die Arbeiterbewegung verbarg, der im Königsberger Hochverratsprozeß die Rote Fahne als einen „russischen Fetzen“ schmähte, im Potsdamer Hochverratsprozeß gegen Arbeiter und Soldaten sich mit der Lynchjustiz des Staatsanwalts Gysae solidarisierte, indem er offen erklärte, „Das beste wäre gewesen, den Angeklagten Mehlhorn an die Wand zu stellen und zu erschießen“ und damit auch seiner inneren Einstellung offen Ausdruck gab, die als eine offene Beeinflussung des Gerichtes wirkte und selbst den bürgerlichen Verteidiger Döring zum schärfsten

Protest und zur Niederlegung seines Mandats veranlaßte, dieser Niedner wurde zum Präsidenten des Staatsgerichtshofes vom Sozialdemokraten Ebert ernannt. Dieser Niedner war es, der in allen Prozessen, die er leitete, die Rechte der Verteidiger skrupellos mit Füßen trat.



Fröhling
in den Kerkerländern

Die Untersuchungsmethoden, die beim Staatsgerichtshof beliebt wurden und von dem Richter Vogt und dem Verbrecher Jürgens zu einer mittelalterlichen, raffinierten Inquisition ausgebildet worden waren, haben jetzt den Rechtsausschuß des Preussischen Landtages veranlaßt, den Beschluß zu fassen, den Landtag zu ersuchen, über die Staatsregierung die Reichsregierung zu veranlassen, in eine Nachprüfung sämtlicher Verfahren des Staatsgerichtshofes einzutreten, in denen der Landgerichtsdirektor Jürgens amtlich tätig gewesen, oder als Zeuge bzw. Sachverständiger vernommen worden ist. Allerdings hat der Beschluß einen Pferdefuß: nur die Verfahren sollen nachgeprüft werden, in denen durch Jürgens „die Verurteilten geschädigt worden sind.“

Dieser Staatsgerichtshof war bis zur letzten Stunde, wie das Urteil im Gießener Kommunistenprozeß beweist, ein ausgesprochenes Ausnahmegericht, wie die bayerischen Sondergerichte, gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Führer, die Kommunistische Partei. Als Verteidiger der Republik gedacht, war er zum Schützer der völkischen, monarchistischen und nationalistischen Interessen geworden.

Auf Beschluß des Reichstages, noch kurz vor Beginn der Osterferien, ist dieser Staatsgerichtshof vom 1. April 1926 aufgelöst worden. Der Widersinn seiner Existenz war zu offensichtlich geworden. Das Schwert, mit dem die Deutsche Republik auszog, die Rechtsgefahr abzuwehren, hatte sich als ein Schwert aus Pappe gegen die Mörderorganisationen und als Henkerbeil gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gezeigt. Die zu offene Parteilichkeit der Justiz des Staatsgerichtshofes hat selbst weiten Kreisen des Bürgertums die Erkenntnis gebracht, daß die Justiz der demokratischen deutschen Republik auf dem Wege ist, sich würdig der Justiz Mussolinis, Zankoffs und Horthys an die Seite zu stellen. Der Reichstag beschloß mit den Stimmen der Kommunisten die Auflösung des Staatsgerichtshofes. Bei den Beratungen im Reichstag spielte sich ein bemerkenswerter, äußerst charakteristischer Vorfall ab. Dem demokratischen Richter Brodauf, der sich auch den Amnestieanträgen der Kommunisten häufig widersetzte, blieb es vorbehalten, gegen die Auflösung des Staatsgerichtshofes damit zu argumentieren, daß dadurch den ordentlichen Gerichten das Vertrauen ausgesprochen würde, was doch niemand beabsichtige. Der Reichsjustizminister Marx unterstrich diese Ausführungen in öffentlicher Reichtagssitzung

noch damit, daß er erklärte, er werde keine Klage wegen Beleidigung seiner Person mehr anstrengen, da er bei deutschen Richtern nicht mehr auf wirkliche Sühne solcher Beleidigungen rechnen könne.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik war machtlos gegen die faschistischen Mörderorganisationen. Zu den ordentlichen Gerichten haben die „Republikaner“ kein Vertrauen, wie die Erklärungen Brodaufs und des Reichskanzlers Marx zeigen.

Der Staatsgerichtshof der Republik mußte machtlos sein, weil in dieser Republik die monarchistischen, faschistischen „Feinde“ von gestern längst wieder ihren kleinbürgerlichen Sachwaltern das Regieren abgenommen haben. Der Staatsgerichtshof hat seine Aufgabe als Organ der Klassenjustiz getreulich erfüllt. Aber ihm haftet doch noch der Ludergeruch der Junitage des Jahres 1922 an. Heute war er überflüssig, weil die Machthaber dieser Republik in ihren monarchistischen faschistischen Gerichten ihre alterfährnen und bestbewährten Verteidiger sehen, die wissen, daß sie Machtinstrumente der herrschenden Klasse sind, daß sie die Aufrechterhaltung der Macht ihrer Klasse zu verteidigen haben. Für sie heißt es und hieß es immer: „Der Feind steht links!“ Die Arbeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wird im selben Geiste von den ordentlichen Gerichten dieser Republik fortgesetzt werden.

Auch ohne Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ist in Deutschland die Maschinerie der Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse gerichtet. In Deutschland wie in jedem anderen Klassenstaate, ob Monarchie oder Republik, sind die revolutionären Arbeiter immer vogelfrei.

Jetzt, da der Staatsgerichtshof aufgelöst worden ist, weite Kreise des Bürgertums in Deutschland vom Staatsgerichtshof und seiner Schandjustiz abrücken, der Verbrecher Jürgens, der treue Gehilfe des Staatsgerichtshofes, als gemeiner Verbrecher entlarvt ist, der preussische Landtagsausschuß, der die Nachprüfung aller Prozesse beschlossen hat, an deren Vorbereitung und Durchführung dieser Jürgens beteiligt ist, muß das deutsche revolutionäre Proletariat mit aller Energie dafür sorgen, daß nicht nur die Opfer des Jürgens freigelassen werden, sondern wir müssen mit aller Kraft die Freilassung aller Opfer dieses Staatsgerichtshofes erzwingen.

In den Kolonien Frankreichs

C. G. Das Wesen des Imperialismus zeigt sich am klarsten in den Unterdrückungsmethoden, die die kapitalistischen Staaten in ihren Kolonien anwenden. Sie zwingen dem Kolonialvolk ihre Gesetze und ihre „Zivilisation“ auf, die ihm wesensfremd sind, und scheuen, um ihre Herrschaft in dem betreffenden Lande zu befestigen, vor keiner Gewalt zurück. Die Völker sind in ihrem Heimatlande nicht viel mehr als rechtlose Sklaven, die nur dazu da sind, die Gesetze, die die fremden Unterdrücker ihnen gegeben haben, zu befolgen und sich ausbeuten zu lassen. Diese Methoden der Franzosen haben in Marokko zum Kriege und in Syrien zum Aufstande geführt. Die Drusen und Rifkabylen kämpfen todesmutig, gilt es doch, das Joch der fremden Ausbeuter abzuschütteln und ihr Selbstbestimmungsrecht wieder zu erobern. Mit heldenhaftem Mute haben die Syrier den Franzosen einige Teile ihres Landes wieder abgenommen und halten dort musterhafte Ordnung. Die Sympathie der arbeitenden Klasse Frankreichs ist bei den Aufständischen. Bisher haben die französischen Kommunisten eine äußerst scharfe Agitation gegen den räuberischen Kolonialkrieg entfesselt, die ihnen in zwei Monaten allein 480 Monate Gefängnis eingebracht hat. Es ist ihnen durch ihr mutiges Auftreten aber schon gelungen, die Antikriegsstimmung so zu stärken, daß selbst die sozialdemokratischen Parlamentarier als Demonstration für eine Herabsetzung der Kriegskredite um eine Million Franken gestimmt haben.

Der Kolonialkrieg ist nicht mehr populär. Das veranlaßt

wiederum die Gouverneure der Kolonialstaaten mit den ungeheuerlichsten Unterdrückungsmaßnahmen vorzugehen. Erstens einmal selbstverständlich gegen die eingeborene Bevölkerung,



Der kommunistische Verteidiger Jacques Sadoul, dem die Reise nach Syrien zur Verteidigung der dortigen Angeklagten verwehrt wurde

die auf das unmenschlichste unterdrückt wird, wenn sie nur die geringsten Rechte verlangt, und dann auch gegen diejenigen Franzosen in den Kolonien, die dem Kolonialkriege feindlich gegenüberstehen.

An der Spitze steht Herr Juvenel, früherer Redakteur des „Matin“, der jetzt provisorischer Gouverneur von Syrien ist. Wie er seine Aufgabe auffaßt, geht daraus hervor, daß er bei einem Bankett in Beirut mit Bezug auf die syrische Bevölkerung erklärt hat: „Die Leute müssen gehorchen, und wenn wir das ganze Land demolieren müssen.“ Es ist ihm also nur darum zu tun, die Syrier zu unterwerfen, den Aufstand zu unterdrücken, sollte dabei auch das Land völlig zerstört werden. Zu diesem Zwecke soll eine große neue Offensive unternommen werden, für die unter der Führung des Generals Gamolin bereits 40 000 Soldaten bereitstehen. Juvenel ist „Demokrat“, es war seine Absicht, ein „Parlament“ zu konstituieren (selbstverständlich unter der Kontrolle der französischen Bevollmächtigten), um damit den Räubereien des französischen Imperialismus ein parlamentarisches Mäntelchen umzuhängen. Doch er hat damit kläglich Schiffbruch erlitten. Die eingeborene Bevölkerung weigert sich, überhaupt zu den Wahlen zu gehen und gab ihm zu verstehen, daß für sie nur einzig und allein völlige Unabhängigkeit vom Joche der fremden Unterdrücker diskutabel sei. Diese Weigerung hat in Aleppo zu blutigen Zusammenstößen geführt, die aber am Willen der Drusen nichts änderten. Da Juvenel auf „demo-



Henri de Juvenel, provisorischer Gouverneur von Syrien

kratischem“ Wege nicht vorwärts kam, griff er zum offenen Terror. Er verhaftete kurzerhand sieben Revolutionäre, einen bekannten arabischen Schriftsteller Yazbek und einen Drusen, Ali Nassr ed-Din, den Herausgeber der nationalen Zeitschrift „Die neue Aera“, ferner den Führer der libanesischen Gewerkschaftsbewegung, Fuad Schmaili, und vier andere, gegen die kein anderes Belastungsmaterial vorliegt, als das, was einen Monat nach ihrer Verhaftung von den Spitzeln fabriziert worden ist. Juvenel hat angeordnet, daß gegen die sieben Syrier das Verfahren vor einem Ausnahmegericht in Beirut stattfindet, d. h. vor einem Gericht, das nur dazu da ist, die Angeklagten zum Tode zu verurteilen. Der Terror in Beirut ist so groß, daß kein Advokat es wagt, die Verteidigung der Sieben zu übernehmen. Der französische Kommunist Sado ul hat sich daher bereit erklärt, die Syrier zu verteidigen. Er hat nun alles versucht, um einen Paß nach Syrien zu erhalten, man hat ihn von der Polizeipräfektur zum Innenministerium und von dort wieder zum Außenministerium geschickt, wo ihm dann eröffnet wurde, Briand habe die Ausstellung eines Passes verweigert, weil Juvenel zwei Berichte und mehrere Telegramme gesandt hätte, die sich der Einreise Sadouls widersetzen. Die Einreise könne ihm daher nicht gestattet werden, da „seine Anwesenheit dem Prozeß eine Bedeutung geben würde, die wir nicht dulden können.“

Juvenel wird allgemein für die Fortdauer des Krieges in Syrien verantwortlich gemacht. In der Tat ist er es auch, der mit allen Mitteln zur Durchführung der neuen Offensive gegen Syrien drängt. Der Haß gegen ihn ist unbeschreiblich. In den ersten Apriltagen reiste er nach Palästina, um dort mit dem britischen Oberkommissar, Lord Plumer, einige schwebende Fragen, die die Grenzregulierung betreffen, zu besprechen. Die radikale jüdische Arbeiterschaft von Haifa hat sofort gegen diesen Vertreter des Imperialismus Protest erhoben, doch nicht allein das: Die weniger radikalen Verbände haben sogar die Arbeiterschaft zu einem Proteststreik aufgerufen und der Bund Poale Zion hat überall Flugblätter verbreiten lassen, die die gesamte Arbeiterschaft Palästinas zu großen Demonstrationen gegen den französischen Imperialismus anlässlich des Besuches Juvenels, seines typischen Vertreters, auffordern.

Doch auch den anderen Gouverneuren läßt der Ruhm Juvenels und Steegs (des Gouverneurs von Marokko) keine Ruhe. In Tunis herrscht „Friede“, das heißt, vorläufig läßt sich die tunesische Bevölkerung die Unterdrückung der Franzosen noch gefallen, doch zum offenen Aufstand reizt das Verhalten des dortigen Gouverneurs, Saint. Selbstverständlich hat er auch schändliche Klassenurteile fällen lassen. Erinnert sei an Finidori und seine vier Genossen, die zu insgesamt 45 Jahren Deportation wegen „Komplots gegen den Staat“ verurteilt worden sind. Finidori war Herausgeber der kommunistischen Zeitschrift „Avenir Social“ und zwei Mitangeklagte waren Mitglieder der Exekutive des tunesischen Gewerkschaftsverbandes, weiter konnte man ihnen nichts vorwerfen. Jetzt geht Saint systematisch dazu über, jede Meinungsfreiheit, ja auch nur die allergeringste Regung eines geistigen Lebens der Arbeiterschaft zu unterdrücken. Die eben erlassene Verordnung Saints mutet wie aus dem Mittelalter stammend an. Die Pressefreiheit wird durch sie gänzlich unterdrückt. Die Zeitungen sind, soweit es sich nicht um öffentliche Regierungsorgane handelt, verboten. Zeitungen in arabischer Sprache sind überhaupt verboten, selbst den Zeitungen des Linksblocks, dessen Beauftragter Saint selbst ist, hat er in ihren Äußerungen größte Vorsicht „angeraten“. Die Zeitungen der unitären Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei sind selbstverständlich verboten. Diese famose Verfügung sieht Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu vier Jahren und Geldstrafen von 100 Frank bis zu 4000 Frank vor für alle diejenigen, die „zum Haß oder zur Mißachtung des Gouverneurs, der Regierung oder der Verwaltung der Schutzmacht aufreizen“

Also nicht allein diejenigen, die den Gouverneur hassen oder verachten oder dazu aufreizen, werden bestraft — er weiß

sicherlich, daß er einer der bestgehabten Männer von Tunis ist — sondern auch die Mißachtung jedes Beamten der „Schutz“-macht ist strafbar.

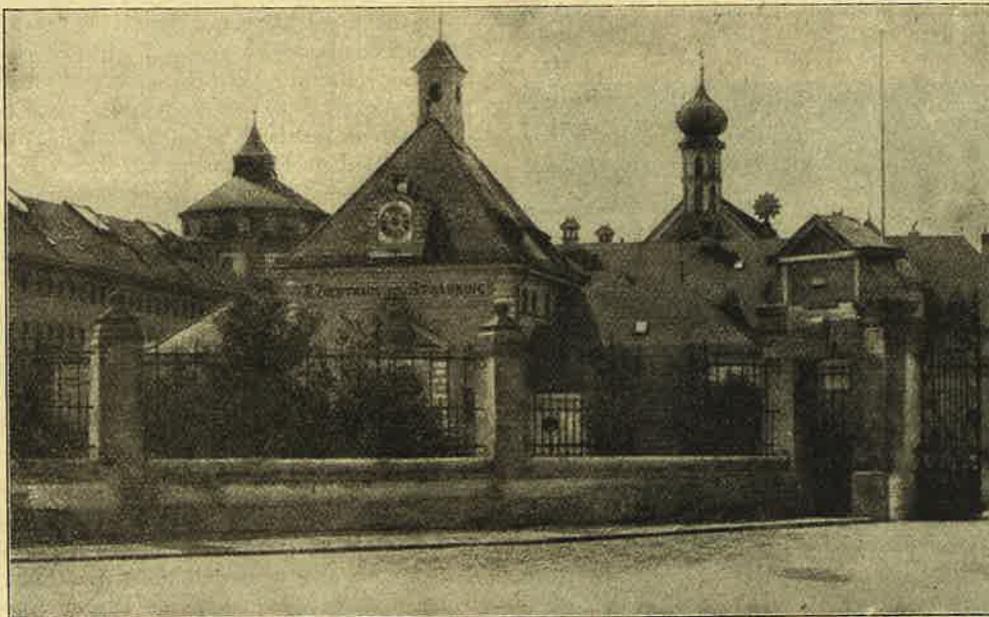
In dem Verhalten dieser Gouverneure liegt System. Man sieht überall dieselben Maßnahmen, den Wunsch, jede Opposition im Keime zu ersticken. Die Eingeborenen der französischen Kolonien, ob das nun Marokko, Syrien, Algier oder Tunis ist, haben in ihrem eigenen Lande nicht einmal die geringsten Bürgerrechte. Abgesehen von einer kleinen Schicht privile-

giertes Grundbesitzer, können sie von den fremden Ausbeutern einfach des Landes verwiesen werden. Sie besitzen kein Streikrecht, kein Koalitionsrecht, nicht das geringste Selbstbestimmungsrecht. Das ist das wahre Gesicht des klassischen Landes der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Ihre Reden von Völkerversöhnung, Völkerverständigung, die sie zuweilen in Locarno, Genf und auch anderswo loslassen, sind nur die Nebelwand, hinter der sie glauben, ungestört ihre räuberische und gewalttätige Kolonialpolitik ausüben zu können.

Öffnet die Tore Straubings!

Vor sieben Jahren, am 1. Mai 1919, rückten die weißen Garden der Generale Möhl und von Oven in München ein. Der weiße Schrecken bezeichnete ihren Marschweg. Kopipremien wurden ausgesetzt auf die Revolutionäre. Verwundete Rotarmisten wurden zusammengetrieben und niedergemetzelt. Es begann jene Mordorgie, der mehr als vierhundert Menschen zum Opfer fielen. Diese bestialischen Mordtaten riefen eine ungeheure Erregung unter den Rotarmisten hervor. Sie wollten nicht dulden, daß ihre Kameraden und ihre unschuldigen Klassengenossen schuldlos gemeuchelt werden. In dieser

bis zum
 Außersten getriebenen Erregung wurden die Mitglieder der sogenannten Thule-Gesellschaft verhaftet, die verdächtigt waren, eine konterrevolutionäre Verschwörung vorbereitet zu haben. Sie wurden erschossen als Vergeltung für jene schändlichen Verbrechen, die die Weißgardisten an den Rotarmisten verübt hatten. Diese Tat entsprang nicht nüchter-



Das „königliche“ Zuchthaus Straubing, in dem noch immer die Kämpfer der bayrischen Räterepublik schmachten

ner Ueberlegung, sondern war das Produkt tiefster Empörung, aufgewühltester Gefühle über die Mordtaten der Ordnungsbestien. Diese Tat war politisch zwecklos, aber psychologisch durchaus verständlich.

Für die Erschießung der Mitglieder der Thule-Gesellschaft wurden im sogenannten Geiselmordprozeß sechs Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Noch heute schmachten neun Menschen wegen dieser Tat, in höchster Erregung vollbracht, im Zuchthaus in Straubing. Es sind dies die Genossen:

Rainer	zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt
Riedmeier	„ 15 „ „ „
Gsell	„ 15 „ „ „
Huber	„ 15 „ „ „
Hannes	„ 15 „ „ „
Debous	„ 15 „ „ „
Kick	„ 15 „ „ „
Hesselmann	„ 15 „ „ „
Oswald	„ 15 „ „ „

Neben den wegen des Geiselmordes Verurteilten schmachten in der Zitadelle in Straubing noch immer Teilnehmer an der bayrischen Räterepublik. Die Mörder Landauers, Egelhofers, wie der anderen hunderte Unbekannter laufen frei

herum. Diejenigen, die in den Kasernen und Gefängnissen Münchens den Massenmord wie einen Sport ausübten, gehen noch heute frei herum. Aber unsere Genossen, die im Revolutionskriege dem Klassengegner mit gleichen Mitteln antworteten, sie sind erschossen worden oder sitzen seit sieben Jahren im Kerker der Republik. Es sind dies folgende Genossen:

Gustav Streidel	zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt
Graf	„ 12 „ „ „
Sesselmaier	„ 12 „ „ „
Kopp	„ 8 „ „ „

wegen Beteiligung an der Räterepublik. Dagegen läuft das Bürschlein, das Kurt Eisner ermordete, der Graf Arco-Valley, frei herum und ist heute Chef der bayrischen Fluggesellschaft, während der Arbeiter Alois Lindner, der auf Auer schoß, um damit den geistigen Urheber des Mordes an Eisner zu treffen, noch heute im Zuchthaus Straubing sitzt und insgesamt eine Strafe von 14 Jahren

abzubeißen hat. Die großen Revolutionäre der bayrischen Räterepublik, die viehisch hingemordet wurden, die große Schar der namenlosen Helden, die der Ordnungsbestie zum Opfer fielen, können nicht mehr zum Leben erweckt werden. Aber die Opfer des Geiselmord-Prozesses und die übrigen Märtyrer der Münchener Räterepublik, die noch heute in der Zitadelle Straubing lebendig begraben sind, müssen befreit werden. Das deutsche Proletariat erfüllt nur eine Ehrenpflicht, wenn es unablässig für die Befreiung seiner eingekerkerten Klassengenossen eintritt.

Es ist endlich an der Zeit, daß den Kämpfern der bayrischen Räterepublik aus dem Jahre 1919 die Zuchthausstore von Straubing weit geöffnet werden.

Heraus mit den Verurteilten des Geiselmordprozesses!

Heraus mit den Münchener Räte-kämpfern!

Heraus mit Alois Lindner!

Sieben Millionen Arbeiter in Gefahr!

Amerika marschiert bekanntlich in der Technik aller Welt voran. Aber in der Technik der Arbeiterverfolgungen hielt bisher das sonst so altmodische Europa mit seinen Zankoffs, Bratianus, Mussolinis und anderen Henkerhäuptlingen den Rekord. Jetzt regen sich nun auch in den Vereinigten Staaten Kräfte, die zeigen, daß das sprichwörtliche Land der Bürgerfreiheiten in dieser Hinsicht nicht hinter Europa zurückbleiben will. Bisher hat man es in Amerika bei sporadischen Terrorakten der Ku-Klux-Klane, bei einzelnen schändlichen Monstreprozessen, gelegentlicher Anwendung der Foltermethoden des sogenannten „dritten Grades“ und stellenweiser Unterbindung der Redefreiheit bewenden lassen. Nur die Negerlynchungen, das Teeren und Federn und die allgemeine Rassenhetze konnten in ihrer systematischen Regelmäßigkeit mit den Leistungen europäischer Terrorländer verglichen werden. Was bisher nur unvollständig, gelegentlich und planlos geschah, das soll jetzt in den Vereinigten Staaten zum System erhoben werden, und zwar in dem gigantischen Ausmaße, in dem alle Dinge in Amerika vor sich gehen. Es sind die Millionmassen der eingewanderten Arbeiter, gegen die sich der Angriff richtet. Sie sind in Amerika neben den Negern der ausgebeutete Teil der Arbeiterklasse und bilden das revolutionärste Element in der Arbeiterbewegung. Die Bourgeoisie war von jeher bestrebt, die inländischen Arbeiter mit höheren Löhnen zu korrumpieren und aus ihnen eine Arbeiteraristokratie zu schaffen. Nach der bekannten Devise „Teile und herrsche!“, die der britische Imperialismus so oft erfolgreich in seinen Kolonien anwendete, versucht die amerikanische Bourgeoisie, die Arbeiterschaft in drei Gruppen, die inländischen, die ausländischen und die farbigen Arbeiter zu spalten, um jede gegen die andere ausspielen und einen um so größeren Profit aus ihnen erpressen zu können.

Zu diesem Zweck wurden dem amerikanischen Kongreß mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich alle gegen die ausländischen Arbeiter richten. Der wichtigste Gesetzentwurf, von dem Senator Aswell eingebracht, sieht eine Zwangsregistrierung aller Ausländer in Amerika vor. Da in den Vereinigten Staaten kein System der Polizeianmeldung besteht, bedeutet dies eine unerhörte Ausnahmestimmung gegen die ausländische Arbeiterschaft. Die Registrierung muß einmal jährlich vorgenommen werden und kostet beim ersten Male 10 Dollar und bei jedem weiteren Male 5 Dollar. Man sieht, die amerikanische Bourgeoisie versteht es vortrefflich, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden.

Die Registrierungsformulare, die mit Fingerabdruck und Photographie versehen sein müssen, bleiben in den Händen der Behörden und geben ihnen jederzeit die Möglichkeit, gegen die ausländischen Arbeiter vorzugehen. Die Formulare müssen ins einzelne gehende Angaben über die Person, das Vorleben, die Größe, das Körpergewicht, die Vorstrafen, den augenblicklichen und den vorherigen Arbeitgeber und die Wohnung des Betreffenden enthalten. Jeder Unternehmer, der einen ausländischen Arbeiter oder einen vermutlich ausländischen Arbeiter beschäftigt, muß dies sofort der Behörde melden.



Die Freiheitsstatue

In besonderen Fällen kann der Präsident der Vereinigten Staaten für einen bestimmten Bezirk eine außerordentliche Registrierung anordnen. Wenn also ausländische Arbeitergruppen einen wirtschaftlichen Kampf führen, so wird eine Sonderregistrierung vorgenommen, die den Behörden die lückenlose Ausweisung sämtlicher „unerwünschten“ Ausländer möglich macht.

Die Durchführung des Gesetzes soll den Beamten des Arbeitsministeriums obliegen, die das Recht erhalten, jede Wohnung zu jeder beliebigen Zeit zu betreten, wenn sie in ihr einen Ausländer vermuten, jede Person um ihren Ausweis zu befragen und zu verhaften, wenn sie sich weigert, den Anordnungen des Beamten Folge zu leisten. Ausländer, die gegen das Gesetz verstoßen, erhalten bis zu zwei Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldstrafe. Der Entlassung aus dem Gefängnis muß die sofortige Deportation folgen.

Die ungeheuerlichste Bestimmung dieses Gesetzes betrifft alle jene Ausländer, die nicht auf legalem Wege nach Amerika gelangt sind. Es handelt sich hierbei um zahlreiche Flüchtlinge aus den europäischen Terrorländern, die bei einer Rückkehr in die „Heimat“ den Tod, oder im besten Falle langjährige Zuchthausstrafen zu erwarten haben. Das Aswell-Gesetz sieht die Ausweisung aller dieser Ausländer vor und beseitigt damit offiziell das Asylrecht für politische Flüchtlinge in Amerika, dem klassischen Zufluchtslande aller Verfolgten.

Die beabsichtigte Fingerabdruck-Registrierung stellt eine große Gefahr für die persönliche Sicherheit der ausländischen Arbeiter dar. Sie unterstützt nicht nur das System der schwarzen Listen, das in Amerika bereits einen hohen Grad der Vollkommenheit erreicht hat und durch Fingerabdrucklisten undurchbrechbar gemacht würde. Die Tatsache, daß heute bereits eine Fälschung von Fingerabdrücken möglich ist, setzt jeden revolutionären Arbeiter den ungeheuerlichsten Anschuldigungen aus, denn sein Fingerabdruck ist in den Händen der Behörden und kann aus den Listen leicht auf jede gewünschte Stelle übertragen werden. So erhält die herrschende Klasse die Möglichkeit, „unerwünschte“ Arbeiter jedes beliebigen Verbrechens zu überführen, denn der Fingerabdruck gilt heute noch als unzweifelhafter gerichtlicher Indizienbeweis.

Die amerikanische Bourgeoisie ist jedoch nicht damit zufrieden, die Arbeiterschaft in drei Gruppen zu spalten; auch unter den eingewanderten Arbeitern will sie zwei Schichten schaffen. Einer der vorliegenden Gesetzentwürfe sieht eine Verkürzung der bisherigen üblichen Naturalisationsfrist für Ausländer vor, „deren Qualifizierung vorher einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde.“ Diese Ausländer sollen veranlaßt werden, in den ersten zwei Jahren ihres Aufenthalts in Amerika jeder Tätigkeit für die Arbeiterbewegung zu entsagen. Während dieser Zeit sollen sie dann einem intensiven „Amerikanisierungsprozeß“ unterworfen werden, der sie ein für allemal der Arbeiterbewegung entfremdet und zu guten Lohn-drückern und bereitwilligen Streikbrechern erzieht.

Während man auf der einen Seite aus den „guten“ Ein-

wanderern 100prozentige Sklaven erziehen will, bereitet man sich auf der anderen Seite darauf vor, mit Massendeportationen gegen die sogenannten „unerwünschten“ Ausländer vorzugehen, d. h. solche, die auch durch ein Versprechen baldiger Naturalisierung nicht dazu bewegt werden können, dem Kampfe ihrer Klasse jahrelang fernzubleiben. Diese Absichten kommen dadurch deutlich zum Ausdruck, daß das Budget für das Einwanderungsbureau um eine Million erhöht wurde mit der Begründung, daß dadurch eine wirksame Fortsetzung der Ausländerdeportierungen und eine schärfere Bewachung der Grenzstellen ermöglicht werden soll.

Augenblicklich wird eine ausgedehnte Hetzkampagne in ganz Amerika gegen ausländische Arbeiter geführt. Die Presse behauptet, daß man gegen die Ausländer rigoros vorgehen müsse,

helfen, das Land von ausländischen Agitatoren dieser Sorte zu befreien.“ In ganz Amerika ist mit Unterstützung aller revolutionären Arbeiterorganisationen eine Bewegung entstanden, die bereits unter dem Namen „Räte zum Schutze der ausländischen Arbeiter“ in allen größeren Städten Fuß gefaßt hat und überall Protestkundgebungen und Konferenzen veranstaltet. Die schwedischen Arbeiter in Amerika haben sich bereits in einem Schreiben an die schwedische Regierung gewendet, in dem sie fordern, daß die Regierung Schritte zum Schutze der schwedischen Bürger in Amerika unternimmt. In den skandinavischen Parlamenten haben die kommunistischen Fraktionen diese Aktion der schwedischen Arbeiter in Amerika unterstützt.

Dieses Beispiel sollte bald Nachahmung auch in anderen



Auf der berüchtigten amerikanischen Einwandererstation Ellis Island blicken die eben angelangten Einwandererfamilien erwartungsvoll in das „Land der Freiheit“. Sie sind eben erst mit dem Schiff angekommen und wissen noch nichts von dem wahren Charakter Amerikas, der durch das Gitter besser symbolisiert wird als durch die Freiheitsstatue. Vielleicht werden dieselben Familien nach kurzem Aufenthalt in Amerika Ellis Island wiedersehen — als Deportierte, als „unerwünschte“ Ausländer.

da sich aus ihnen das amerikanische Verbrechen rekrutiert. Auf diese Weise will man den wahren Zweck der gesetzlichen Vorbereitungen verschleiern. Der Arbeitsminister Davis, einer der Urheber und energischsten Verfechter der Gesetzentwürfe, enthüllt jedoch durch seine Äußerungen in Henry Fords Zeitschrift am besten den wahren Sinn dieser Maßnahmen:

„Die polizeiliche Anmeldung würde die Wirkung der Propaganda unverantwortlicher Agenten des Anarchismus, Kommunismus und ähnlicher Richtungen verringern, da die Ausländer dadurch die amerikanischen Prinzipien (die rücksichtslose Ausweisung klassenbewußter Arbeiter! Die Red.) und die Narrheit roter radikaler Lehren besser verstehen würden. Gleichzeitig würden sie das Vorhandensein dieser dunklen Einflüsse ans Licht bringen und uns in unseren Bemühungen

europäischen Staaten finden. Arbeiter fast aller Nationalitäten sind in Amerika durch die Gesetzentwürfe bedroht. Sieben Millionen ausländische Arbeiter in Amerika würden durch eine Annahme der Entwürfe vor die Alternative gestellt: Deportierung oder Aufgabe des Klassenkampfes?

Angesichts dieser schweren Gefahr brauchen die amerikanischen Einwanderer die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse. Ob Tausende von Flüchtlingen ihren Henkern in Europa ausgeliefert werden, ob die Existenz von Hunderttausenden vernichtet wird, ob Hunderttausende für den Klassenkampf in Amerika verloren werden sollen — das sind Fragen, auf die nur die internationale Solidarität der Arbeiterklasse mit einem donnernden „Nein!“ antworten kann.

„Einst werden wir die Richter sein!“

Am 1. Mai, gegen 10 Uhr vormittags, rückten die ersten Truppen der weißen Garde in München ein. Damit begann der heldenmütige Verzweiflungskampf der Arbeiter, welche die innere Stadt und besonders das Bahnhofs- und das Sendlinger Viertel verteidigten. Alle Kriegsmittel wurden dabei aufgegeben, mit äußerster Erbitterung wurde gekämpft. Auf beiden Seiten kostete es schwere Opfer. Wir können auf die Schilderung im einzelnen verzichten.

Zu gleicher Zeit setzte der weiße Schrecken ein. Die Bourgeoisie, die während der Räteherrschaft in blöder Angst versteckt gelebt hatte, machte sich hinter den Bajonetten und Kanonen der weißen Gardien breit. Mit weißen Binden und Gewehren stolzierten sie auf den sicheren Straßen der Bour-

geoisie-Viertel einher, umgeben von den festlich gekleideten und wollüstig aufgeregten Weibern, die sich triumphierend die Heldentaten der uniformierten Mörder erzählten. Eine Denunziationswut setzte ein, vor der niemand gesichert war. Wer einen Feind hatte, brauchte nur ein paar Worte zu sagen und er hatte ihn erledigt. Mit wahnsinnigem Blutdurst stürzte sich die Bourgeoisiekanaille auf alles, was als Kommunist verdächtig war. An einem Tage wurden Tausende ins Gefängnis geschleppt, Hunderte von Kämpfern und Unbeteiligten ermordet.

Die Mordorgien im Gefängnis Stadelheim

Ueber die Mordorgien im Gefängnis Stadelheim berichtet ein Augenzeuge, Herr Wilhelm Crowdy, ein Freund des Grafen

Arco, der nach der Ermordung Eisners in Schutzhaft kam, folgendes:

Zwölf Mann, die erschossen wurden, hatten keine Ahnung, daß sie erschossen werden. Sie wurden zwei und drei geführt mit Hände hoch! Nun standen sie vor der Kirche, sechs Mann. Eine Salve krachte. Weg waren sie. Nochmals zwei Mann. Weg! Zwei Mann lachten: Was werden sie mit uns machen? Ich rechne auf fünf Jahre. Dann gingen sie durch die Kirchenmauer, da sahen sie die bereits Erschossenen und fingen zu weinen an. Da krachten die tödlichen Schüsse. Sobald sich ein Gefangener am Fenster zeigte, schossen Leute einfach hinauf zum Fenster, damit niemand zusehen sollte! So geschahen etwa dreißig Erschießungen. Ahnungslos. — Also ermordet! Ich war Augenzeuge!

Dann kamen zwei Frauen — dies war am Sonntag, dem 4. Mai, abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr (Zur Vorgeschichte: Auf der Straße hatte man einige Männer auf Denunziation hin niedergeknallt, ohne irgendwelche Erklärungen abzuwarten. Die zwei Frauen stürzten sich auf die Leichen und weinten bitterlich und schrien: „Du armer Liebster! Lieber! Lieber!“ Trostlos erschüttert. Da schrie ein Soldat: „Packt diese Weiber, die gehören auch dazu!“ So kamen sie also nach Stadelheim.) mit offenen, wirren Haaren, ein Kapuziner ging betend voraus, die Frauen hinterdrein, im Hofraum. Mit den Worten: „Jesus!“ auf den Lippen starben sie unter der Salve. Der Kapuziner stellte noch die Soldaten zur Rede: Sie sollen sich schämen, Weiber zu ehrbaren Frauen zu sagen. Da lachten die Soldaten. Die Leichen wurden entkleidet, zumeist zogen die Soldaten die Stiefel der Erschossenen an. Den Toten wurden die Ringe abgezogen, Uhren gestohlen und von den Soldaten eingesteckt. Ein Aufseher sagte: Schau nur, wie sie noch zucken. Mit teuflisch-grinsendem Gesicht. Diese Ereignisse stellen den Geiselmord im Luitpoldgymnasium völlig in den Schatten.

Fünzig Soldaten waren in dem Keller zusammengepfercht fünf Tage lang, bekamen täglich nur ein Liter Wasser pro Mann. Später je zwei Mann eine Schüssel Suppe täglich. Ein 15jähriger Junge mußte zuschauen bei einer Erschießung von Spartakisten, weil er mit eingeliefert worden war. Als er weinte, stieß man ihn mit Gewehrkolben in die Rippen und schleppte ihn fort. Es waren bayerische Truppen. Am 4. Mai waren die beiden Frauen, von denen vorhin die Rede war, von Soldaten begleitet. Es lagen schon 30 bis 50 Leichen im Hofe. Andere Soldaten (Rotgardisten) waren mit im Hofe. Einige hatten große Angst und wollten anscheinend gehen, um ein schlechtes Ziel zu bieten, denn diese wußten, daß sie erschossen würden (im Gegensatz zum 1. Mai). Da sprang ein Feldwebel mit erhobener Pistole hinzu und schrie: „Wollt Ihr die Hände hochnehmen, Ihr Hunde, Hopp!“ Da krachten die Schüsse und alle fielen tot um.

Die Opfer des weißen Terrors

Es war ein fürchterliches Rasen, ein Meucheln und Morden, das selbst die Lichtenberger Bluttage in den Schatten stellte. In zahlreichen Fällen hat die Bourgeoisie ihre Blutgier mit dem

Eine Feier im Kinderheim „Mopr“

Durch den Erweiterungsbau, der im Laufe des letzten Jahres am Kinderheim in Elgersburg aufgeführt ist, hat das „Mopr“-Heim eine weitgehende Verbesserung erfahren. Es wurde ein mustergültiger Bade- und Waschraum geschaffen, der es den Kindern erlaubt, jeden Tag warme oder kalte Bäder zu nehmen. Der Speisesaal, der bisher nur für 30 Kinder Platz bot, wurde erweitert, so daß jetzt 40 Kinder gemeinsam mit den erwachsenen Personen des Heimes die Mahlzeiten einnehmen können. Ein 72 qm großer Spielsaal bietet außerdem Gelegenheit, bei schlechtem Wetter die Kinder im Heim zu beschäftigen. Die noch dazugekommenen fünf Schlafzimmer bieten genügend Raum, um die in Aussicht genommenen 40 Kinder in Zukunft unterzubringen. Die gesamten Anlagen sind mit elektrischem Licht und Dampfheizung versehen, so daß auch in dieser Beziehung ein sicherer und hygienischer Betrieb ermöglicht ist.

Am Gründonnerstag fand eine Verhandlung mit Vertretern

eigenen Blut bezahlen müssen. Harmlose Bürger wurden von den weißen Bestien erschossen und erschlagen.

Das öffnete endlich auch dem Bürgertum die Augen. Die „Münchener Post“, das sozialdemokratische Organ, schrie nach Menschlichkeit, und der Ministerpräsident Hoffmann selber jammerte in einem Aufruf an die Bevölkerung Münchens: „Welch ein Unglück ist der Bürgerkrieg! Genug des grausamen Mordens!“ Es war vergebens. Die Ordnungsmeute war losgekoppelt, sie hatte Blut geleckt, sie mußte sich austoben. Wir wollen diese furchtbaren Dinge nicht ausmalen. Wir wollen nur einen unverdächtigen Zeugen sprechen lassen, den Aktionsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Münchens. Aus einer seiner Veröffentlichungen seien nur die folgenden trockenen Sätze wiedergegeben:

„Der Aktionsausschuß gewann durch seine Tätigkeit einen so tiefen Einblick in das herrschende Verfahren der ungesetzlichen Erschießungen, der willkürlichen Verhaftungen, der überhasteten Exekutionen, der brutalen Gefangenenbehandlung, daß er sich genötigt sah, eine besondere Untersuchungskommission über die Durchführung des Standrechtsverfahrens bei der Regierung Hoffmann zu beantragen.

Dem Standrechtsverfahren in München sind Männer und Frauen aller sozialistischen Parteien zum Opfer gefallen. Die gemeine Verfolgungssucht bestimmter bourgeois Elemente, die von rasendem Haß gegen alle ehrlichen und offenen Bekenner des Sozialismus erfüllt sind, machte keinen Unterschied zwischen Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten.

Ueber die Opfer des weißen Terrors in der Zeit vom 30. April bis Mai allein in München erschien folgende amtliche Uebersicht:

„Die Gesamtheit der Personen, die ums Leben gekommen sind, beziffert sich auf 557, und zwar 38 Regierungssoldaten, 135 Rotgardisten, 7 Russen, 335 Zivilisten und 42 unbekannte Personen. Verwundet wurden insgesamt 306, standrechtlich erschossen wurden 186 Personen, darunter 42 Rotgardisten und 144 Zivilisten. In den Kämpfen haben lediglich 38 Regierungssoldaten, 93 Rotgardisten, 7 Russen und 7 Zivilisten den Tod gefunden!“

Ein Grauen faßt einen bei dieser trockenen Uebersicht. Und dennoch ist diese amtliche Uebersicht ein unerhörter Betrug. Das zeigt schon die Behauptung, es seien nur sieben Russen gefallen. In Wirklichkeit sind die Russen der Roten Armee kolonnenweise mit Maschinengewehren niederkartätscht worden.

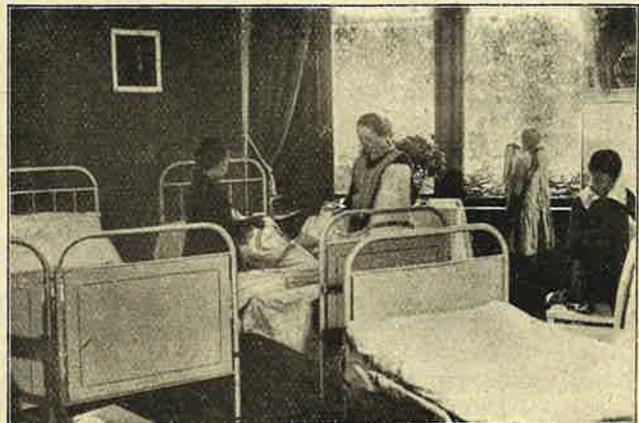
Das Danktelegramm Noskes an den General von Oven:

„Für die umsichtige und erfolgreiche Leitung der Operationen in München spreche ich Ihnen meine volle Anerkennung aus und der Truppe herzlichsten Dank für ihre Leistung.

Der Oberbefehlshaber.

Noske, Reichswehrminister.“

(Aus dem Buche „Die Bayrische Räterepublik“ von P. Werner.)



Schlafzimmer im Kinderheim

der thüringischen Regierung (Finanzministerium) statt, über die Ausnutzung der Clementinen-Quelle. Bisher stand uns $\frac{1}{2}$ der Quelle vertraglich zu. Bei dieser Besprechung wurde eine Verständigung herbeigeführt in dem Sinne, daß die Gemeinde die ganze Quelle übernimmt und das Heim mit genügenden Wassermengen beliefert.

Am Karsamstagabend fand im großen Spielsaal des Heimes eine geschlossene Veranstaltung statt. Der von den Angestellten der russischen Handelsvertretung gestiftete Filmapparat wurde zum ersten Male in Tätigkeit gesetzt und zwei Filme vorgeführt. Die Kinder waren über diese Neuerung sehr erfreut; der Apparat bietet die Möglichkeit, in Zukunft regelmäßig Spiel- oder Lehrfilme laufen zu lassen, die die Kinder in geeigneter Weise beeinflussen können.

Am Ostersonntag, früh 10 Uhr, fand dann im großen Saal die offizielle Einweihungsfeier statt. Zu dieser Feier waren eine ganze Anzahl Genossen erschienen. Die Delegierten waren gekommen aus Berlin, Hamburg, Leipzig, Jena, Halle, Ohligs bei Düsseldorf usw. Herr Heinrich Eduard Jacobs war ebenfalls als Vertreter des Kuratoriums der Arbeiterkinderheime anwesend.

Begrüßungsschreiben und Telegramme waren eingegangen:

Von dem Verein sozialistischer Juristen Deutschlands, Wernigerode, mit folgendem Wortlaut:

„Das Glück, der Geist, den Ihr in Kinderherzen legt, mit tausendfachen Kräften einst die Welt bewegt“

Von Rechtsanwalt Dr. Artur Samter, Berlin, mit folgendem Wortlaut:

„Von reiner Bergeshöh, die Niederung der Zeit zu Füßen, soll roter Liebe glühend Lavaström sich über all das Elend einer morschen Welt ergießen.“

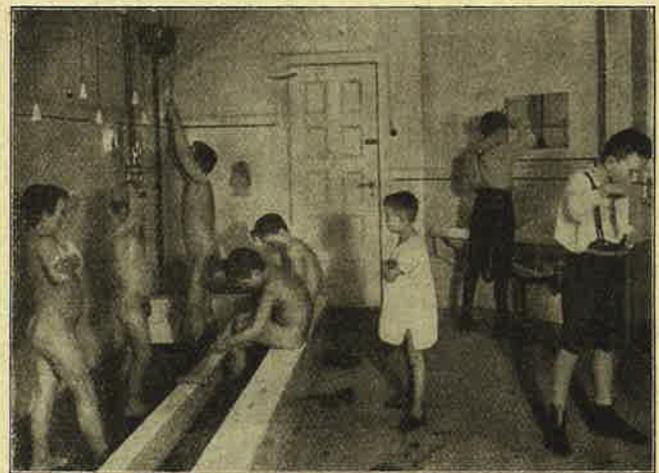
Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Gebiet Thüringen, Ortsgruppe Jena, sandte folgendes Begrüßungsschreiben:

„Die Ortsgruppe Jena der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ entbietet der Roten Hilfe anlässlich der Einweihung des erweiterten Kinderheims „Mopr“ die herzlichsten Glückwünsche. Mögen die dort untergebrachten Kinder die Kraft proletarischer Solidarität kennenlernen, dann selbst gute Klassenkämpfer werden. Freiheit!“

Der Genosse Pieck hielt eine Ansprache über den Zweck des Heimes und der Roten Hilfe und forderte die Anwesenden auf, durch Inaugenscheinnahme die praktische Solidarität, die

durch den Betrieb des Heimes zum Ausdruck gebracht wird, in geeigneter Weise zu unterstützen. Nachdem trugen die größeren Kinder des Heimes einen Sprechchor vor, dem schloß sich die Vorstellung sämtlicher im Heim untergebrachter Kinder an. Zwei der kleinen Münchener Kinder erzählten dann noch, wie ihre Väter 1919 ermordet wurden. Ihre Erzählung machte auf die Versammelten einen so tiefen Eindruck, daß von einem weiteren Vortrag Abstand genommen werden mußte. Unter dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ wurde die Veranstaltung geschlossen. Daran anschließend fand eine Besichtigung der ganzen Heimanlage statt, sowie der von den Delegationen mitgebrachten Geschenke. Auf großen Tischen waren ausgestellt: 6 Bilder, Berge von Spielsachen, Werkzeuge, neues Porzellan von der Geraberger RH.-Ortsgruppe, der Kinoapparat usw. usw. Nachmittags 2 Uhr sammelten sich die Arbeiter von Geraberg, Elgersburg und Umgegend zu einer ansehnlichen Demonstration auf dem Lindenplatz in Elgersburg. Dort wurde vom Genossen Pieck eine Ansprache gehalten. Die Demonstration zog darauf vor das Heim und begrüßte die vor demselben aufgestellten Kinder. Hier fand nochmals eine kurze Ansprache durch den Genossen Schlör statt. Durch den Massengesang „Die Internationale“ wurde die Demonstration beendet.

Anschließend fand noch einmal eine Besichtigung des Heims statt.



Badezimmer im Kinderheim

Kampf dem Terrorregime in Polen

Seit einer Reihe von Jahren fordert das polnische Proletariat die Amnestie für die politischen Gefangenen. Außer der KPP. und der Unabhängigen Bauernpartei fand sich jedoch bis vor kurzem keine politische Organisation oder Partei, die diese Forderung unterstützt hätte. Die Amnestielosung wurde einfach für staatsfeindlich und hochverräterisch erklärt, und uns sind zahlreiche Fälle bekannt, wo man gegen diejenigen, die öffentlich die Amnestie verlangten, Hochverratsparagrafen in Anwendung brachte.

Alle Terrormaßnahmen waren jedoch vergeblich. Der Ruf verstummte nicht. Und als unter dem Eindruck des Finanzbankrotts und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des polnischen Staates im Herbst vorigen Jahres die Wellen der Massenbewegung zu steigen begannen, da sah sich selbst die PPS. (Sozialdemokraten) gezwungen, — sie, deren Gewissen von der Zusammenarbeit mit der politischen Polizei gegen das revolutionäre Proletariat so schwer belastet ist — die Amnestieforderung als einen Punkt ihrer Bedingungen beim Eintritt in die Regierungskoalition aufzustellen. Obzwar dies nur eine neue Beschönigung ihres Eintritts in die Regierung zur Rettung des verlotterten und zersetzten Kapitalismus bedeutete, und die Losung bald darauf von der PPS. fallengelassen wurde, und obzwar die PPS.-Minister später nicht den leisesten Protest gegen das herrschende Terrorregime erhoben und sich sogar direkt daran beteiligten, so muß dennoch eine allmähliche Wandlung in der öffentlichen Meinung, die

durch Jahre hindurch für den Amnestiegedanken unzugänglich war, festgestellt werden. Immer noch vereinzelt, aber bereits vernehmlich dringen Stimmen an die Öffentlichkeit, die gegen die Willkür der Behörden und der Gerichte Protest erheben. Hier ein radikaler Bauernführer, dort die Freidenkerliga oder, wie unlängst, die Lemberger Rechtsanwälte — brandmarken das Terrorsystem, bringen Enthüllungen über Grausamkeiten, Provokationen und Willkürakte, protestieren gegen die Schmach, die von den gegenwärtigen Machthabern auf Polen geladen wird.

Denn es ist unter der gegenwärtigen Koalitionsregierung nicht besser geworden in Polen. Eher schlimmer. Die KPP. bleibt illegal — Zugehörigkeit wird mit fünf bis zehn Jahren Zuchthaus geahndet. Die Gefängnisse sind überfüllt. Die Zahl der politischen Gefangenen übersteigt 6000, von denen der weitaus größte Teil sich in Untersuchungshaft befindet, die nicht selten zwei bis drei Jahre währt und in die Strafe dann nicht einbezogen wird. Die grausamsten Martern sind in den Kasematten der Defensive, ja selbst in den Gerichtsgefängnissen auch weiterhin eine alltägliche Erscheinung. Hungerstreiks setzen nicht aus, wobei viele tapfere Genossen den Tod finden. Die nationalen Minderheiten werden weiterhin ihrer elementarsten Rechte beraubt; ihre besten Vertreter sitzen im Kerker.

Hinzu kommt das große Massenelend. Die Verhungerten, Verzweifelnden, Arbeitslosen, deren Zahl die Hälfte des gesamten Proletariats in Polen ausmacht, dürfen gegen ihre

Peiniger nicht demonstrieren, dürfen nicht laut nach Brot und Arbeit rufen oder Unterstützungen verlangen. Ueberall werden sie mit Kugeln empfangen. Auf den Straßen von Kalisch, Wlotzlawek, Zawiercie (hier wurde ein Gasangriff auf Arbeitslose unternommen!) Lodz, Lublin, Stryj usw. ist das Blut der Arbeitslosen vergossen worden. Erst vor wenigen Wochen kam es wieder in Warschau zu blutigen Zusammenstößen, als die Polizei demonstrierende Arbeitslose vor dem Arbeitsministerium auf Befehl des Arbeitsministers, des PPS.-Mannes Ziemienski auseinandertrieb.

Die Sejmkommission zur Untersuchung des Gefängniswesens (Thugutt-Kommission) stellte in ihrem Bericht an das Parlament im März dieses Jahres den systematischen Rechtsbruch der Behörden und der Gerichte gegenüber politisch Andersdenkender fest, enthüllte die Foltermethoden der Polizei und forderte in einer Reihe von Anträgen die umgehendste Abänderung der für die Dauer untragbaren Zustände. Der Sejm lehnte mit den Stimmen der Rechten sämtliche Anträge seiner eigenen Kommission ab. Wenige Tage später löste ein ungeheuerlicher Beschluß des Lubliner Verbandes der Rechtsanwälte, laut welchem den Mitgliedern des Verbandes die

unmittelbaren Vorgesetzten und Auftraggeber, dem Oberkommissar Lenski, heckte er vor dem ersten Mai 1925 einen teuflischen Plan aus, um am Tage der Maifeier ein blutiges Massaker in den Straßen Warschaws in Szene zu setzen: Polizeispitzel und Provokateure sollten sich unter die demonstrierenden Arbeiter mischen und im Augenblick, wo die Polizei die Arbeiterdemonstrationen zerstreuen würde, unschädliche Sprengkörper gegen die Polizei schleudern, um dieser den Anlaß zu geben, ein Blutbad anzurichten. Gleichzeitig sollten Bomben an einigen Stellen der Stadt (selbstverständlich an ungefährlichen) explodieren. Mit einem Wort: nicht mehr und nicht weniger als ein von der Polizei in Szene gesetzter „kommunistischer“ Putsch mit darauf folgenden Massenverhaftungen, Massenhinrichtungen und allen den Schrecken, die der Arbeiterschaft aus den Erfahrungen des bulgarischen und estnischen Proletariats bekannt sind.

Diese von abgefeimten Schufften ausgebrütete Schurkerei mißlang dadurch, daß wenige Tage vor der Maifeier eine der von Trojanowski verfertigten Bomben im Augenblick, wo er sie im Redaktionslokal des „Walka Ludu“ fertigstellte, explodierte und ihn schwer verletzte. Die Sache kam ans Tages-



Eingekerkerte polnische Revolutionäre. Die Genossen Gruszczinski, Rajcher und Nowogrodski

Verteidigung von Kommunisten untersagt wird, neben einem Frohlocken der faschistischen Blätter eine tiefe Beschämung in den fortschrittlichen Kreisen der Intellektuellen aus.

Hauptsächlich aber ist es dem schamlosen System der Provokation zuzuschreiben, daß allmählich eine kritische Stellung zu dem Terror in Polen Platz ergreift. Die Provokationsmethoden der polnischen politischen Polizei sind bereits weltberühmt. Noch nie, in keinem Lande, ist die Provokation so zu allgemeiner Regel im Kampfe gegen politische Gegner gediehen, wie in Polen. Der neuerdings in Warschau zur Verhandlung gelangte Fall Trojanowski gibt uns Anlaß, noch einmal an Hand dieses Beispiels darauf zurückzukommen. Trojanowski gehört neben Cechnowski, Wykusch und anderen zu den „Berühmtheiten“ unter den polnischen Provokateuren. Er stand seit Jahren im Dienste der polnischen politischen Polizei und war anfangs von dieser nach der Partei der Unabhängigen Sozialisten, später nach der Unabhängigen Bauernpartei entsandt. Hier gelang es ihm, die Stellung des Sitzredakteurs am Parteiorgan „Walka Ludu“ zu erlangen. Sein System war — fingierte Bombenattentate! Wie es sich beim Prozeß herausstellte, rührten die Bombenexplosionen im Armee-Mobilisierungsbureau in Czenstochau und im Lokal der PPS. in Warschau im Jahre 1924 von ihm her. Gemeinsam mit seinem

licht, wirbelte viel Staub auf, und die Staatsanwaltschaft sah sich genötigt, Trojanowski und Oberkommissar Lenski in den Anklagezustand zu versetzen. Der Prozeß, der vor kurzem seinen Abschluß fand, enthüllte einen Teil der lichtscheuen Machenschaften der politischen Polizei. Die Aussagen Trojanowskis belasteten die politische Polizei schwer und fanden volle Bestätigung durch die Aussagen der Provokatorin Bednarska. Als die letztere deswegen vom Vorsitzenden des Gerichtshofs beleidigt und geschmäht wurde, scheute sie nicht davor zurück, für die Wahrhaftigkeit ihrer Aussagen ein mutiges Zeugnis abzulegen: Sie schrieb nach dem ersten Verhandlungstage Briefe an den Staatsanwalt und an den Verteidiger, in welchen sie ihre vor dem Gericht gemachten Aussagen ausdrücklich bestätigt, worauf sie sich eine Kugel durch die Brust jagte und nach wenigen Tagen verstarb. Das Gericht fand aber alles, was gegen die Polizei sprach, unglaublich. Die Polizei mußte um jeden Preis reingewaschen werden. Dies geschah, indem man Oberkommissar Lenski freisprach, Trojanowski aber für „Verfertigung von Sprengkörpern und beabsichtigter Provokation“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilte.

Die Rolle der PPS. war in dieser Angelegenheit eine wenig rühmliche. Anfangs — gleich nach der Explosion — war sie

es, die das größte Geschrei gegen die Provokationsmethoden der Polizei erhob. Sie verstummte jedoch schnell und, wie es sich bei der Gerichtsverhandlung herausstellte, aus dem triftigen Grunde, daß die politische Polizei ihr mit Enthüllungen drohte. Es ist nämlich ein öffentliches Geheimnis, daß die PPS. der Polizei aus ihren Reihen die besten Provokateure und Informatoren stellte oder, wie der Leiter der politischen Polizei, Piontkiewitsch, sagte:

„Das, was ich aus Beruf tue, tut Herr Prager (eine führende Persönlichkeit der PPS.) als Amateur!“

In der stickigen Atmosphäre des polnischen Terrorsystems finden die niedrigsten Instinkte Nahrung. Die Zersetzung

dringt immer tiefer in den Staatsapparat ein. Provokation und Korruption, solches sind die giftigen Blüten dieses Regimes. Die polnische Regierung verwickelt sich immer mehr in den Fäden der inneren Widersprüche, gerät in die eigenen Fallstricke der Zersetzung, die sie durch die Provokation der Arbeiterbewegung legen wollte.

Der Ruf des gemarterten polnischen Proletariats nach Amnestie muß ein lautes Echo in den Reihen des internationalen Proletariats finden. Es ist Pflicht eines jeglichen Arbeiters, eines jeglichen für Rechtsgeföhle und Menschlichkeit zugänglichen Menschen, die beginnende Amnestiebewegung in Polen zu unterstützen.

Aus der Arbeit der Sektionen

Oesterreich

Die Kommunewoche der RHÖe.

Die österreichische Rote Hilfe hat zum Andenken an die Pariser Kommune und ihre gefallenen Helden eine Propagandawoche für den Gedanken der internationalen Solidarität für die Rote Hilfe durchgeführt.

In dieser Woche wurden in allen Organisationen und Betriebszellen Versammlungen abgehalten. In öffentlichen Kundgebungen wurde den Arbeitern an Hand der Lehren der Pariser Kommune die Notwendigkeit einer internationalen Hilfsorganisation für die Opfer des weißen Terrors und der kapitalistischen Klassenjustiz klargemacht. In 35 Versammlungen in Wien und Provinz wurden die Parolen der Roten Hilfe von breiten Kreisen der Arbeiterschaft aufgenommen und weitergetragen.

Die Kommunefeier am 20. März schloß die Propagandawoche ab.

An diesem Abend wurde in fünf Bildern die Entwicklung der Arbeiterbewegung, ihre Kämpfe und Revolutionen dargestellt, von der großen französischen Revolution bis zum Siege des russischen Proletariats. Drei Akte waren der Pariser Kommune 1871 gewidmet, die die Machtergreifung des Pariser Proletariats im ersten, die Tätigkeit des Zentralkomitees der Kommune im zweiten und die Niederschlagung der Kommune, sowie die Rache der Bourgeoisie an dem Pariser Volke darstellten.

Die Veranstaltung war in künstlerischem, propagandistischem und erzieherischem Wert bis jetzt einzig dastehend. Es war kein Drama aus der Erfindung eines Dichters, es war das Leben der Arbeiterbewegung selbst. Auch die Darstellung war nicht von einstudierten und geschulten Schauspielern geboten, sondern von Arbeitern, die nie eine Bühne kannten, diese Arbeiter durchlebten während der Darstellung die großen Arbeiterkämpfe impulsiv.

Der Erfolg war so groß, daß die Vorstellung wiederholt werden mußte.

Außer der zentralen Veranstaltung haben drei Kunstabende

in den Bezirken stattgefunden, die ebenfalls als gelungen betrachtet werden können.

Organisatorisch hatte die Propagandawoche ebenfalls einen Erfolg aufzuweisen, fast in allen Versammlungen meldeten sich Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder der Roten Hilfe an und es ist auch zu Neugründungen einiger Ortsgruppen gekommen.

Es hat sich im Zusammenhang mit der Kommunewoche gezeigt, daß die österreichische Rote Hilfe in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bekannt ist und daß sie sich auf dem Wege zur Massenorganisation der Arbeiterklasse befindet.

England

Der Kampf um die Amnestie geht weiter

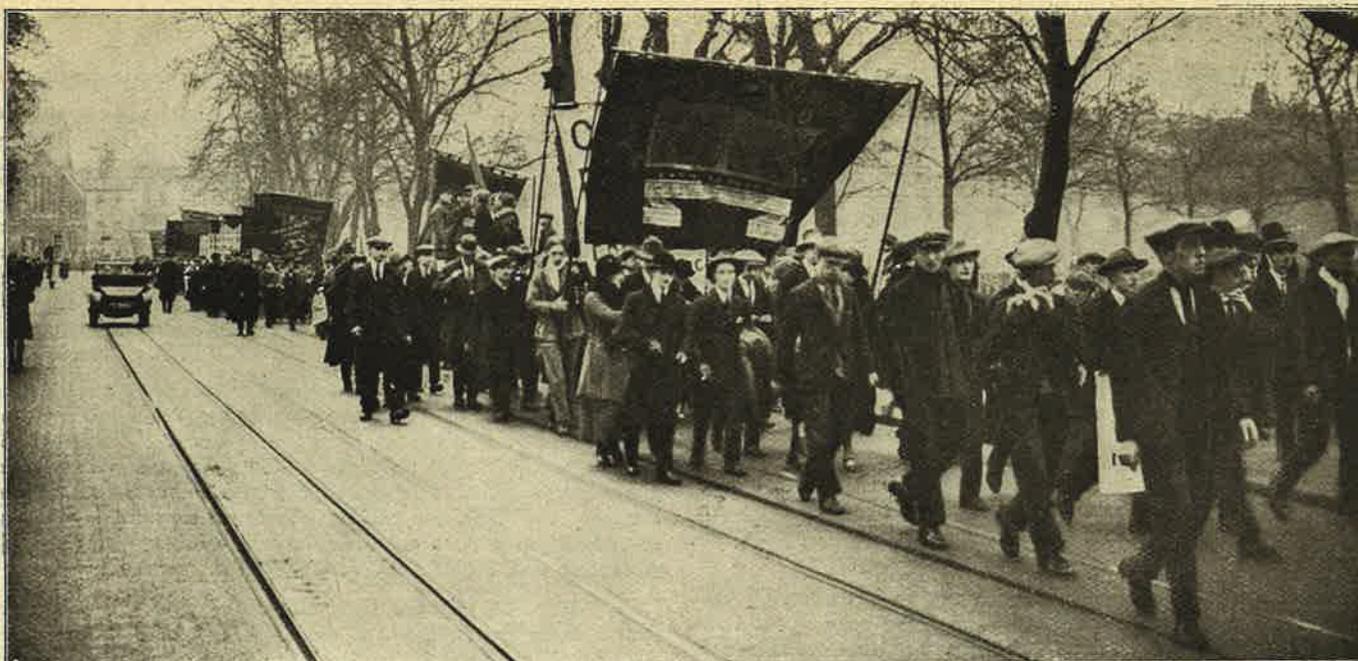
Noch selten hat in einem kapitalistischen Lande die gesamte Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Roten Hilfe so einmütig anerkannt, wie in England, wo heute die „Hilfe für die Klassenkampf-Gefangenen“, wie die dortige Sektion der IRH. heißt, bereits zu einem festen Bestandteil der Arbeiterbewegung geworden ist.

Eine machtvolle Kundgebung nach der anderen veranstaltete die Rote Hilfe Englands für die Amnestie der politischen Gefangenen und mit jeder weiteren Woche erhöht sich die Zahl der Arbeiter, die sich aktiv dem Kampfe für die Amnestie anschließen. Mit der Entlassung der sieben verurteilten Kommunisten hat die Kampagne keineswegs ihr Ende gefunden, denn noch sind ja fünf Kommunistenführer im Gefängnis und auch eine Anzahl der verurteilten Bergarbeiter von Süd-Wales sind bisher nicht entlassen worden.

Die Veranstaltung war in künstlerischem, propagandistischem Klassengenossen hat in einzelnen Kundgebungen einen besonders starken Ausdruck gefunden. So erhoben sich in einer großen Massenversammlung in London alle Anwesenden und sprachen nach den Worten des Genossen Lansbury den Aufruf an die Soldaten und Matrosen nach, auf Grund dessen die Kommunisten wegen Aufforderung zur Meuterei angeklagt und verurteilt wurden. Mit dieser Herausforderung an die Regie-



Massendemonstration der Londoner Arbeiter für die Amnestie



Die Spitze der Londoner Amnestiedemonstration, die beinahe zwei Kilometer lang war

ung erklärten Tausende Londoner Arbeiter ihre vollste Solidarität mit den Eingekerkerten.

Besonders eindrucksvoll gestalteten sich in den letzten Wochen die Empfangskundgebungen für die einzelnen Bergarbeiter von Süd-Wales, die nach Abbüßung ihrer Strafe entlassen wurden. Die Rote Hilfe Englands hat ein Ehrenzeichen geschaffen, das allen denjenigen Arbeitern verliehen werden soll, die sich besonders um ihre Klasse verdient gemacht und für sie Verfolgungen erlitten haben. In verschiedenen glänzenden Massenversammlungen wurden den Bergarbeitern von Vertretern der Roten Hilfe solche Ehrenzeichen übergeben.

Besonders aktiven Anteil am Amnestiekampf nimmt die englische Arbeitslosenorganisation, die vor kurzem gemeinsam mit der Roten Hilfe während des Tages eine Demonstration veranstaltete, in der es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den friedlich demonstrierenden Arbeitern kam. Der Redner der Arbeitslosenorganisation und der Sekretär der Roten Hilfe wurden brutal mit Gummiknüppeln mißhandelt und wiederholt zu Boden geschleudert. Aber durch diese Polizeiwill-

kür konnte der Amnestiekampf nicht geschwächt werden. Die vorzügliche Arbeit, die die noch so junge englische Rote Hilfe für die Amnestie geleistet hat, hat auch viel zu ihrem organisatorischen Wachstum beigetragen. In der letzten Zeit fanden wieder die verschiedensten Bezirkskonferenzen statt, an denen Vertreter zahlreicher Gewerkschaftsgruppen und anderer Arbeiterorganisationen teilnahmen. Die Bezirkskonferenz der Roten Hilfe in Manchester z. B. war von 112 Delegierten besucht, die 400 000 organisierte Arbeiter der verschiedensten Organisationen, unter ihnen viele Gewerkschaftsräte, vertraten. Der Vorsitz der Konferenz lag in den Händen des Präsidenten des Gewerkschaftsrates für Manchester und Salford. Die Konferenz beschloß, daß bis zum Stattfinden der nächsten Bezirkskonferenz in Manchester und Umgegend 500 neue Ortsgruppen der Roten Hilfe gegründet werden sollen.

Dieser erfreuliche organisatorische Aufstieg wird es der Roten Hilfe Englands ermöglichen, in den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen in England ihre Aufgaben als proletarische Hilfsorganisation zu erfüllen.

Eine proletarische Feier in England



Genosse G. Lansbury überreicht einem eben aus dem Gefängnis entlassenen englischen Bergarbeiter das Ehrenzeichen der Roten Hilfe

Sowjet-Rußland

Die Entstehung der IRH.

In unseren Zeitungen findet man Aufsätze über die Tätigkeit der IRH., aber fast nichts über ihre Geschichte.

Im August 1922 erschien in der „Kommunistischen Tribüne“, dem Organ des polnischen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, ein mit dem 23. August datierter Aufruf an die polnischen Kommunisten und Parteilosen mit der Aufforderung, Spenden zugunsten der Opfer des unerbittlichen Terrors der polnischen Bourgeoisie zu sammeln. Dieser Aufruf war von 42 bekannten polnischen Kommunisten, darunter den Genossen Derschinsky, Dolezky, Ganezky, Cohn, Marchlewsky, Pestkowsky, Unschlicht, Hibner (der später in Polen hingerichtet wurde) u. a. unterzeichnet. Es war darin ein Bild der in den polnischen Gefängnissen herrschenden Greuel gezeichnet und der Vorschlag gemacht, einen Fonds zugunsten der politischen Gefangenen in Polen zu schaffen. Bald darauf wurde ein Komitee zur Einsammlung von Spenden mit Genossen Marchlewsky als Vorsitzenden und Genossen Hibner als Sekretär gebildet.

Einem unaufhaltsamen Strom gleich flossen aus allen Ecken des Landes Spenden, Beiträge und Geschenke zusammen. In den Nummern der „Tribüne“ konnte man den wachsenden Fonds verfolgen. Diese Bewegung schnellte über das anfangs gestellte Ziel hinaus und verließ den Rahmen einer Hilfsaktion zugunsten eines Landes. Es war klar, daß die Not der den Kapitalismus bekämpfenden Proletarier nicht nur unter den kommunistischen und parteilosen Polen groß war und daß das Bedürfnis, ihnen zu helfen, in den breitesten Schichten der Werktätigen Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine rege war.

Da beschloß Genosse Marchlewsky, die Vereinigung der alten Bolschewisten an diese Sache heranzuziehen. Am 13. September 1922 erstattete er in der Sitzung des Präsidiums der Vereinigung einen Bericht. Gestützt auf die Erfahrung des in Polen organisierten Komitees zur Unterstützung der politischen Gefangenen und auf die Tatsache, daß die Spenden nicht nur von polnischen Kommunisten und Parteilosen, sondern auch von russischen, ukrainischen, weißrussischen u. a. Werktätigen eingingen, machte Genosse Marchlewsky den Vorschlag, eine besondere Organisation zur Unterstützung der politischen Gefangenen in allen Ländern der kapitalistischen Welt zu bilden. Das Präsidium der Vereinigung der alten Bolschewisten reagierte lebhaft auf diesen Vorschlag und faßte sofort den Be-

schluß: eine Kampagne zugunsten der Schaffung einer solchen Organisation durchzuführen. Unter den Genossen, die der Kommission angehörten, waren Marchlewsky, Lepeschinsky u. a.

Indessen fuhr die schon bestehende Organisation zugunsten der polnischen Gefangenen zu bestehen fort. Im November 1922 erfaßte sie nicht nur Moskau und Minsk, sondern auch die Ukraine und noch andere Sowjet-Republiken.

Im gleichen Monat erhielt die Organisation ihre endgültige Form, und zwar als die „Internationale Gesellschaft zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution.“ Das geschah auf dem IV. Kongreß der Komintern, am 30. November 1922. In seiner Resolution forderte der Kongreß alle kommunistischen Parteien auf, eine Organisation zu schaffen, die die IRH. unterstützt.

Jetzt begann die organisatorische Arbeit. Etwa zwei Monate später, am 28. Januar 1923, erschien in der „Prawda“ das erste Rundschreiben des ZK. der KPR., das sich mit der Frage der IRH. befaßte; die Parteiorganisationen wurden aufgefordert, alle erforderlichen und möglichen Maßnahmen zur Unterstützung der IRH. zu treffen. Gleichzeitig mit dem Rundschreiben wurde auch der erste, an alle Werktätigen der USSR. gerichtete Aufruf der IRH. veröffentlicht.

Im März 1923 trat die IRH. endgültig an die Arbeit heran. Am 2. März wurde das ZK. der IRH. gebildet: Vorsitzender Genosse Marchlewsky; zweiter Vorsitzender Genosse Lepeschinsky; Mitglieder: die Genossen Kolarow, Fischer, Mitzkewitsch-Kapsukas, Kraewarow, Budich und Sekretär Genosse Tjomkin.

Im Februar 1924 machte die IRH. gewisse organisatorische Änderungen durch. Es wurde für notwendig erkannt, eine Sektion der USSR. zu schaffen. Die Unionkonferenz der IRH. hat damals gezeigt, daß der organisatorische Prozeß der Entstehung von IRH.-Gruppen in der Provinz der USSR. als nahezu ausgeschlossen angesehen werden darf. Gleichzeitig wurde beschlossen, solche Länder heranzuziehen, wie z. B. Amerika, Australien, Skandinavien, in denen es verhältnismäßig wenig Opfer des revolutionären Kampfes gibt, um den Opfern des weißen Terrors in anderen Ländern beizuspringen.

So wurde die IRH. zu einer der größten Organisationen des internationalen Proletariats. Die Parole der ersten Tage der Entstehung der IRH. — „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ — wird in unserer revolutionären Zeit Wirklichkeit, und diesem ersehnten Ziel, der Vereinigung des Weltproletariats, dient auch die Internationale Rote Hilfe.



In der Charkower Dampfmühle: Verpackung des Mehls, das die „Mopr“-Mitglieder gespendet haben